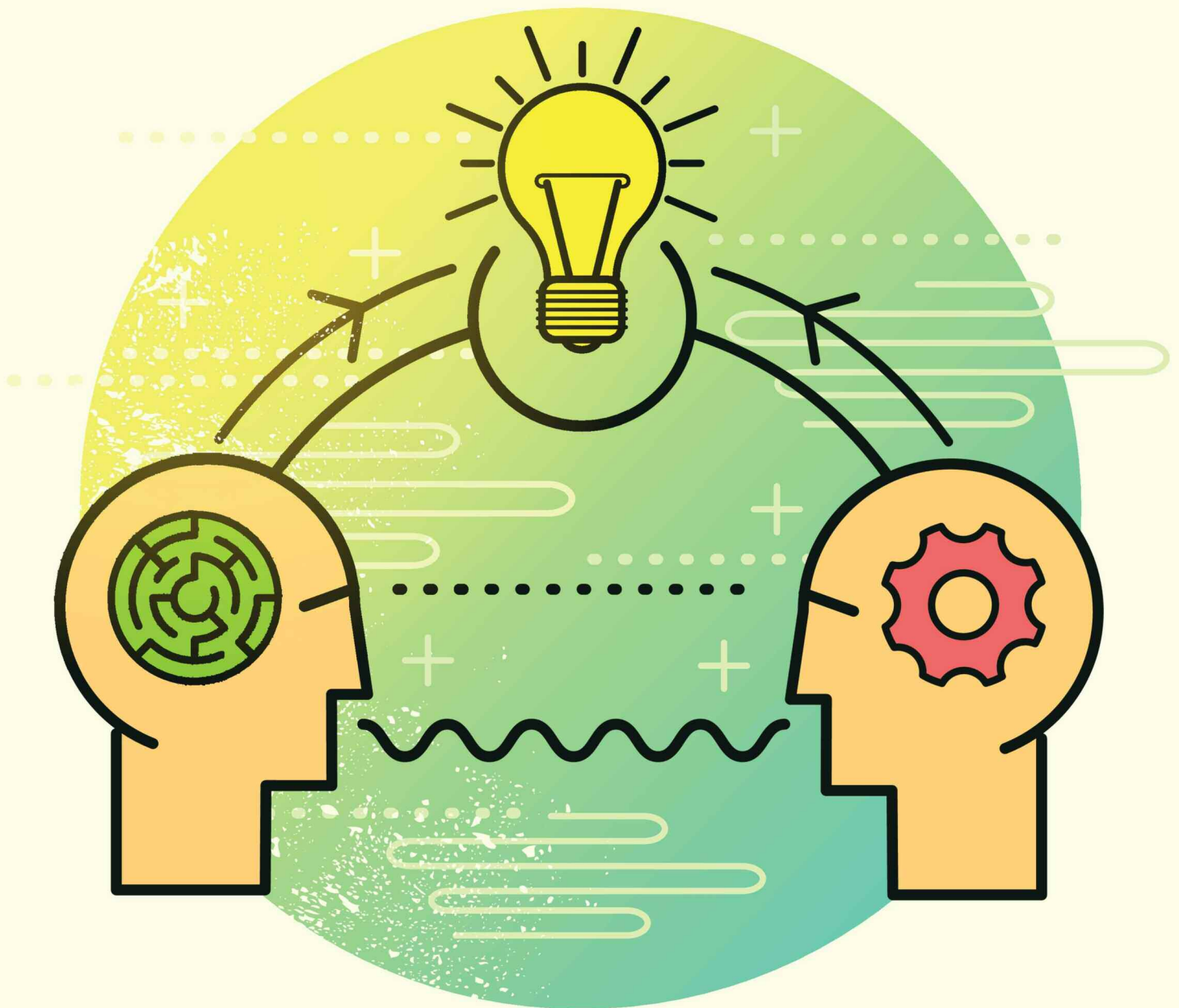


Wahrheit und Wählerstimmen

Über das prekäre Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik



| BERNHARD KEMPEN | **Politik und Wissenschaft sind bei der ausgewogenen Betrachtung, Analyse und Beantwortung wichtiger Fragen, die Menschen und die gesamte Gesellschaft betreffen, aufeinander angewiesen. Doch insbesondere bei der Kommunikation über komplexe Zusammenhänge und mögliche Lösungsansätze zeigt sich, dass unterschiedliche Denklagen am Werk sind.**

Albert Einstein schrieb 1954 in einem Brief an eine Zeitschrift, er hätte den Beruf eines Spenglers gewählt, wenn ihm bewusst gewesen sei, was Politiker aus der wissenschaftlichen Beratung machen. Das veranlasste damals die New Yorker Heizungsbau-Firma „Stanley Plumbing & Heating Company“, dem in Princeton lehrenden theoretischen Physiker einen Job anzubieten und ihm dieses Angebot durch Umbenennung der Firma in „Einstein and Stanley Plumbing Company“ schmackhaft zu machen – ein Angebot, das Einstein dann bekanntlich doch nicht annahm.

Wechselseitige Enttäuschungen

Wir wissen nicht, an welche frustrierten Alternativberufe Professorinnen und Professoren heute denken, wenn sie in engeren Kontakt mit der Politik geraten, aber wir dürfen sicher sein, dass Frustrationen nicht ausbleiben. Aber auch umgekehrt wird so mancher Politiker nach wissenschaftlicher Beratung frustriert an einen richtigen Beruf denken. Die wechselseitigen Enttäuschungen lassen auf ein prekäres Verhältnis schließen, so dass Paartherapeuten sofort auf ein Kommunikationsproblem tippen würden. Und da könnte etwas dran sein. Nicht von ungefähr und vor gar nicht allzulanger Zeit hatte eine Bundeswissenschaftsministerin das Thema „Wissenschaftskommunikation“ zu ihrem Leitthema erkoren. An der Kommunikation hat sich seitdem, soweit ich sehe, allerdings nicht viel geändert, die Probleme sind geblieben. Die hochkomplexe, auf wissenschaftliche Innenkommunikation ausgerichtete Wissenschaftssprache wird von Politikern nicht verstanden, und Wissenschaftler können mit der auf Außenkommunikation gerichteten, mitunter brutal vereinfachenden Sprache von Politikern nichts anfangen.

Hinter dem Sprachproblem steckt das Problem unterschiedlicher Denklagen. Wissenschaftler suchen nach Wahrheit, Politiker nach Wählerstimmen. Zur politischen Denklage gehört

dabei, endgültige und nicht nur vorläufige, widerrufliche Lösungen parat zu haben. Wählerstimmen sind nicht zu gewinnen mit vagen Konzepten und nur bedingten Plänen. Wählerinnen und Wähler erwarten von den politischen Bewerberinnen und Bewerbern ein überzeugendes, fertiges und verlässliches Programm zur Rettung der Welt

»Die hochkomplexe, auf wissenschaftliche Innenkommunikation ausgerichtete Wissenschaftssprache wird von Politikern nicht verstanden.«

oder wenigstens zum Einbau von Heizungsanlagen, zur Reparatur von Autobahnbrücken oder zur zeitlichen Befristung von Arbeitsverträgen in der Wissenschaft. Der Satz „Ich weiß nicht“ gehört zu den politischen Tabusätzen. In der Wissenschaft steht er am Anfang eines jeden Forschungsantrags.

Politikerinnen und Politiker sind, und das meine ich so wie fast alles andere ganz ernst, nicht zu beneiden. Das politische Belohnungssystem in der parlamentarischen Demokratie zwingt sie dazu, sich immerzu als wissend darzustellen, was immer schwieriger wird, weil mit jedem neuen Wissensfortschritt gleich ein ganzes Bündel von unbeantworteten Wissensfragen neu entsteht.

Wie schrieb unlängst ein Autor in *Forschung & Lehre*: „Ohne die Wissenschaft gäbe es keinen Klimawandel. Es wäre nur ungewöhnlich warm.“ Die Entdeckung des Klimawandels war eine epochale Entdeckung und zugleich wurde klar, dass wir über die Möglichkeiten und Chancen seiner Bekämpfung längst noch nicht alles wissen. Oder man nehme das Coronavirus. Seine Existenz konnte schnell nachgewiesen, seine pathogene Wirkung beschrieben, sein Genom entschlüsselt werden. Virologen und Epidemiologen mussten aber einräumen, dass wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse über die erfolgreiche Bekämpfung gerade dieses neuartigen Virus zunächst einmal nicht zur Verfügung standen.

Für die Fachwissenschaftler war dieses Eingeständnis kein Problem, es

war geradezu Ausweis ihrer wissenschaftlichen Professionalität. Für Politiker war es aber ein Problem. Denn die Gesellschaft erwartete einen ausgereiften politischen Plan zur Überwindung der Pandemie. In dieser Erwartungskrise griffen Politiker nach jedem Strohhalm, der ihnen dazu verhalf, sich als kompetente Problemlöser zu erweisen. Halbsätze und wissenschaftliche Hypothesen wurden so nicht selten umgedeutet zu politischen Handlungsrichtlinien. Maske und Lockdown wurden als wissenschaftlich notwendige Restriktionen kommuniziert, dabei waren sie politisch ratsame Maßnahmen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass einige Fachwissenschaftler in der Pandemie tatsächlich Gefallen daran fanden, auf den Talk-Show-Sofas der Republik wie auf einer virtuell verlängerten Regierungsbank Platz zu nehmen und sich ein wenig wie Jens Spahn und Angela Merkel zu fühlen.

Das Problem ist also die gesellschaftliche und folglich die politische Lösungserwartung, die begrenzte wissenschaftliche Lieferfähigkeit und der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen auf die Bühne der Politik.

Wissenstransfer

Der Wissenstransfer ist dabei eine Einbahnstraße. Dass Politiker in die Rolle von Wissenschaftlern schlüpfen, kommt fast nicht vor, ausgenommen vielleicht ein früherer US-Präsident, der lange Zeit kraft eingebildeter wissenschaftlicher Expertise überzeugt war, die Pandemie und den Klimawandel dadurch bewältigen zu können, dass er sie schlicht ignorierte. Aber das ist wohl eine Ausnahme. Es ist nicht zu erwarten, dass Annalena Baerbock wissenschaftliche Beiträge zum Völkerrecht liefert, Volker Wissing zur Herstellung von E-Fuels oder Olaf Scholz zu steuerbegünstigten Aktien-Geschäften. Oder

AUTOR



Bernhard Kempen lehrt Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht an der Universität zu Köln. Von 2004 bis April 2023 war er Präsident des Deutschen Hochschulverbands.

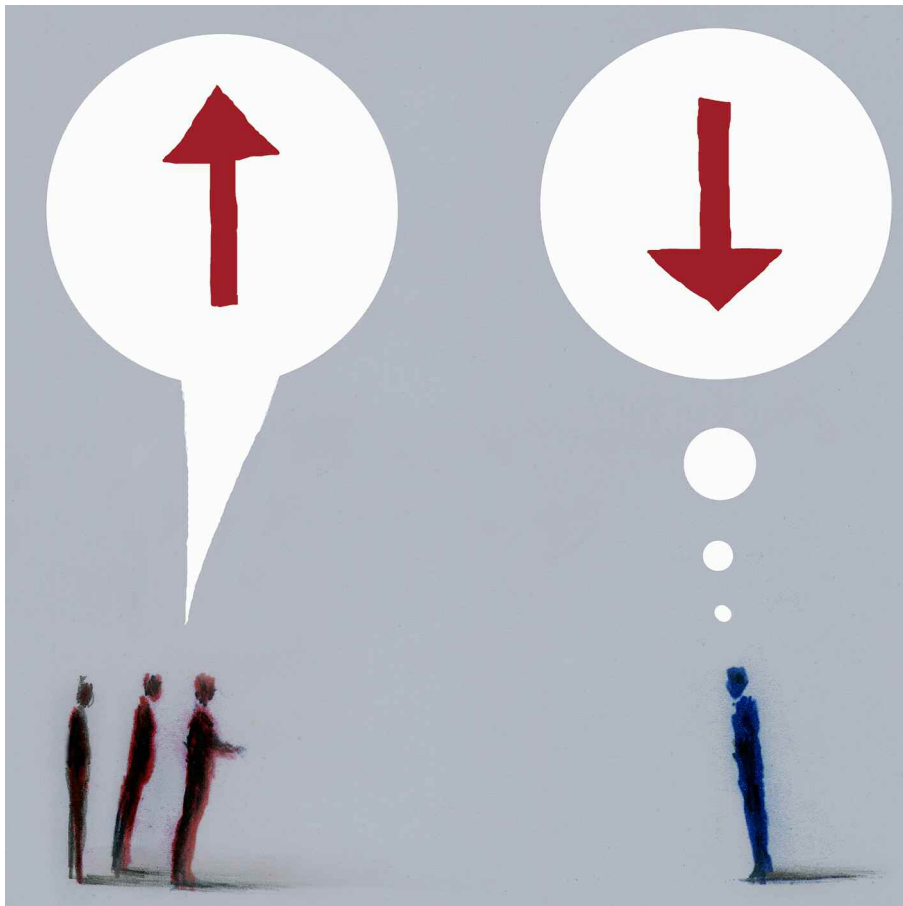


Foto: mauritius images

Friedrich Merz zum Thema Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher.

Den umgekehrten Transfer von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf die Bühne der Politik, den werden wir allerdings auch in Zukunft erleben, und uns muss es darum gehen, diese Übertragung für beide Seiten sicher und ertragreich zu gestalten.

Ein von mir hoch geschätzter Völkerrechtskollege der Universität zu Köln mit reichhaltiger internationaler Erfahrung hat sich zehn Jahre lang dafür eingesetzt, den Straftatbestand der Aggression, also der Durchführung eines nicht gerechtfertigten Angriffskrieges, in das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs aufzunehmen. Nach unzähligen Publikationen, Tagungen und Konferenzen und nach beständigem Drängen in den diskreten Verhandlungsrunden der internationalen Diplomatie ist das 2018 gelungen, so dass der russische Staatspräsident heute nicht sicher sein kann, eines Tages nicht auch wegen dieses mit lebenslanger Freiheitsstrafe geahndeten Delikts gerichtlich zur Rechenschaft gezogen zu werden. Der Einsatz meines Kollegen war nicht nur

ein wissenschaftlicher, sondern auch ein eminent politischer. Wissenschaftliche Überzeugung und politische Mission gingen in diesem Fall und gehen in vielen anderen Fällen ineinander über.

»Verantwortungsvoll handeln Politikerinnen und Politiker, wenn sie wissenschaftliche Expertise nicht als Entscheidungersatz nutzen.«

Wahrhaftigkeit und Verantwortung

Das ist auch nicht grundsätzlich fragwürdig, solange einige rote Linien weder von der Politik noch von der Wissenschaft überschritten werden. Die roten Linien heißen etwas pathetisch Wahrhaftigkeit und Verantwortung. Zur Wahrhaftigkeit gehört, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ihrer Beratungstätigkeit den aktuellen Stand der Wissenschaft präzise wiedergeben, die eigene Position im wissenschaftlichen Gesamtdiskurs eindeutig kennzeichnen, offen legen, ob und inwieweit die eigene Forschung mit privaten Drittmitteln finanziert wird oder ob andere Umstände vorliegen, die ihre Unabhängigkeit in Frage stellen könn-

ten. Wahrhaftiger Umgang mit wissenschaftlicher Beratung verlangt von den politischen Entscheidungsträgern, dass sie schon bei der Auswahl wissenschaftlicher Expertinnen und Experten sachbezogen und nicht interessengeleitet vorgehen, dass sie der Versuchung widerstehen, in wissenschaftliche Aussagen mehr hineinzulesen, als in ihnen enthalten sind und dass sie den Umfang und den Inhalt der externen wissenschaftlichen Beratung dokumentieren und offenlegen.

Verantwortungsvoll handeln Politikerinnen und Politiker, wenn sie sich zu ihren politischen Entscheidungen bekennen und wissenschaftliche Expertise nicht als Entscheidungersatz nutzen. Zur Verantwortung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gehört, die gesellschaftlichen Folgen von wissenschaftlichen Erkenntnissen mit zu bedenken und bei potenziellem politischen Missbrauch den Dialog einzustellen oder besser noch, gar nicht erst zu beginnen.

Im August 1939, kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, schrieb Albert Einstein einen Brief an Franklin D. Roosevelt und warnte, die Deutschen könnten mit der kurz zuvor in Deutschland entdeckten Kernspaltung eine Bombe mit einem extrem hohen Zerstörungspotenzial bauen. Roosevelt, der den Brief im Oktober 1939 erhielt, reagierte sofort und setzte das beratende Uran-Komitee ein, die Keimzelle des

späteren Manhattan-Projekts, dem es wenige Jahre später gelang, die erste Atombombe zu bauen. Als 1945 die Bombe „Little Boy“ über Hiroshima explodierte

und 140 000 Menschen in den Tod riss, war Einstein verzweifelt. Bis an sein Lebensende soll er den Brief an Roosevelt als „schlimmsten Fehler seines Lebens“ bezeichnet haben. Er konnte nicht ahnen, dass Roosevelt die Bombe bauen ließ, noch weniger, dass Truman sie einsetzen würde und schon gar nicht, dass es zu einem atomaren Wettrennen der Supermächte kommen würde. Schuld hat nur, wer das Böse kennt und es trotzdem tut. Ich hoffe für uns alle dass uns moralische Schuld in der Begegnung von Politik und Wissenschaft erspart bleibt.

Eröffnungsrede, gehalten anlässlich des 73. DHV-Tags am 4. April 2023 in Berlin.